

Haushalt 2022/2023

Oberbürgermeister

Dr. Frank Mentrup

19. Oktober 2021

! Das Manuskript seiner Rede zur Einbringung des Doppelhaushalts 2022/2023 ist von Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup in der hier vorliegenden Fassung freigegeben und uneingeschränkt zitierfähig - ebenso wie seine mündlichen Ergänzungen während der Gemeinderatssitzung am 19. Oktober 2021 !

Präambel

Die Stadtgesellschaft erwacht. Das Stadtfest am vorletzten Wochenende hat uns darauf einen Vorgeschmack gegeben. Das absehbare Ende der einschränkenden Corona-Maßnahmen lässt uns zum gesellschaftlichen Leben zurückkehren. Vielen wird jetzt erst bewusst, wieviel es bedeutet, sich in einer Stadtgesellschaft, im Bekannten- und Freundeskreis, am Arbeitsplatz oder auch mitunter in der größeren Familie überall im öffentlichen und privaten Raum wieder in Frieden, in Sicherheit und mit Neugierde und urbaner Offenheit begegnen und austauschen zu können, gemeinsam zu leben und gemeinsam die Wege zu gehen.

Das neue Karlsruhe wird sichtbar. Nach elf Jahren Bauzeit geht mit der Inbetriebnahme des Stadtbahntunnels der Stadtbau für das vierte Jahrhundert der Stadtgeschichte in eine erste Phase der Vollendung. Mit Stolz und kindlicher Begeisterung werden die Menschen aus Stadt und Region die neuen Möglichkeiten der Stadtbahnnutzung unter der Erde und in der Kriegsstraße wie auch die neuen oberirdischen Stadträume in Besitz nehmen, sie mit Leben füllen und genießen.

Ich bin mir sicher, beides wird dem Flair der Stadt und ihrer Entwicklung, der Offenheit und Zukunftsgewandtheit der Menschen in dieser Stadt neuen Schwung verleihen und das

badische Lebensgefühl in der ehemaligen Residenz und im Oberzentrum sichtbar machen und voranbringen.

Gleichzeitig sind die fetten Jahre dauernden Aufwuchses finanzieller und damit auch gestalterischer Möglichkeiten durch die Stadt selbst vorbei. Wir müssen priorisieren, neu standardisieren, evaluieren und - von wenigen Ausnahmen abgesehen - in einer für uns unvorstellbaren Weise reduzieren. Das wird uns viel abverlangen, vor allem Verantwortung für als negativ und entwertend empfundene Entscheidungen.

Lasst uns beides in Einklang bringen. Das erwachende neue Karlsruhe nach einem Jahrzehnt ungeheuren Einsatzes nicht nur finanzieller Mittel von öffentlicher Hand mit einer stärker auf verschiedene Schultern verteilten zielgerichteteren Weiterentwicklung unserer Stadt und ihrer Gesellschaft wird am Ende diese Stadt attraktiv nach außen und selbstbewusst und resilient nach innen machen. Das hat weniger etwas mit Geld als mit Haltung, Menschen- und Gesellschaftsbild und der Art der Kultur der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu tun. Lassen Sie uns das zum Ziel auch in diesen Haushaltsberatungen machen und damit auch in die Stadt hinein ein Zeichen setzen.

Die fetten Jahre sind vorbei - die Ausgangslage der Stadtfinanzen

Im Frühjahr 2020, zu Beginn der Pandemie, haben wir mit Augenmaß und Verlässlichkeit reagiert und unsere Verpflichtungen dort - wo es möglich und dringend geboten war - gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie gegenüber den vielfältigen vertraglichen Partnern eingehalten. Bei uns gab es keinen einzigen Baustopp. Alle investiven Maßnahmen wurden fortgeführt. Obwohl das Land Baden-Württemberg für das Jahr 2020 vorbildlich reagiert hat und etwa den Gewerbesteuerausfall kompensiert oder die Zahlungen aus dem kommunalen Finanzausgleich auf dem ursprünglichen vor-pandemischen Niveau hielt, haben wir das Haushaltsjahr 2020 mit einem Defizit in Höhe von rund -57 Mio. Euro abgeschlossen. Wir haben rund zudem 294 Mio. Euro in unserer Infrastruktur investiert bzw. investive Zuweisungen getätigt und hierfür langfristig lediglich Darlehen in Höhe von 100 Mio. Euro aufgenommen.

In 2021 stehen wir aufgrund der anhaltenden pandemischen Lage vor nahezu denselben Herausforderungen. Den Haushalt 2021 haben wir im Herbst 2020 aus einer völligen unstablen Lage heraus erstellt. Leider haben wir es trotz großer Bemühungen von ersten Haushaltssicherungsmaßnahmen nicht geschafft, das ursprüngliche Defizit zu beseitigen. Aktuell planen wir lediglich

mit einer Halbierung. Von der schwarzen Null sind wir leider noch ein gutes Stück entfernt.

Durch die weiterhin hohen Investitionen, wobei es sich fast ausschließlich um Fortsetzungsmaßnahmen handelt, steigt als Kehrseite der Medaille unsere Gesamtkreditaufnahme in 2021 allerdings auch um weitere 150 Mio. Euro an. Wir haben unsere Gesamtverschuldung in den beiden Jahren dann um insgesamt 250 Mio. Euro erhöhen müssen, was etwa einer Verdoppelung binnen zweier Jahre entspricht.

Das vorab Beschriebene stellt nunmehr die Ausgangslage für den aufgelegten Doppelhaushalt dar.

Bereits im Frühjahr dieses Jahres haben die Verantwortlichen intensiv begonnen, die Inhalte des Doppelhaushaltes vorzubereiten. Unzählige Runden mit den budgetverantwortlichen Dienststellen wurden gedreht, ebenso mehre Investitionskonferenzen abgehalten, um Ihnen einen aus unserer Sicht genehmigungsfähigen Doppelhaushalt präsentieren zu können.

Schon frühzeitig habe ich hierfür Vorgaben als Leitplanken setzen müssen:

- Im Ergebnishaushalt durfte es ohne rechtliche oder vertragliche Grundlage keine Ausweitung der Budgets geben. Zudem hatte ich

aufgegeben, quasi im Eilverfahren und unter Zeitdruck ein Haushaltssicherungspaket (10 Punkte Programm) zu schnüren, welches sofort umsetzbar ist. Es ist direkt in die Aufstellung eingeflossen und hat das ursprünglich in der mittelfristigen Planung vorgesehene Defizit für 2022 und 2023 nachhaltig gesenkt. Insgesamt werden wir durch das Programm im Ergebnishaushalt eine Verbesserung von 65,5 Mio. Euro (2022) und von 73,5 Mio. Euro (2023) erzielen. Ein wesentlicher Baustein davon ist die Erhöhung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer und bei der Grundsteuer A und B von jeweils 20 Hebesatzpunkten. Damit erzielen wir in beiden Jahren voraussichtlich Mehreinnahmen von jeweils 16,6 Mio. Euro.

Man kann jetzt das Für und Wider gegeneinander abwägen. Fakt ist jedoch, dass unsere Ausgabensteigerungen keine andere Lösung zulassen. Unsere Personalkosten, die Sozialleistungen und insbesondere hier die Zuschussbedarfe für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen sowie die Ausgleichnotwendigkeiten der Beteiligungen vor allem für die Themen Verkehr und Mobilität aber auch viele andere Themenbereiche steigen unwiderruflich und kontinuierlich an. Ohne eine Steuererhöhung wie vorgeschlagen, müssten wir voraussichtlich an den genannten drei Kostenblöcken enorme Kürzungen vornehmen. Aktuell sehe ich da weder die Bereitschaft noch die politischen Mehrheiten. Im Endeffekt müssen wir in einen sauren Apfel beißen - und der

heißt aus unserer Sicht: Steuererhöhungen im genannten Umfang.

Wir glauben, dass die Steuerpflichtigen mit ihrem Teilbeitrag auch weiterhin die in einer Großstadt wie Karlsruhe notwendigen Strukturen (bspw. Krippen + Kitaplätze + sonstige Betreuungsplätze, sanierte Schulen, vielfältige Kulturlandschaft, funktionierende Vereinsstrukturen, bis hin zu einer vernetzten Wirtschaftsförderung und von Präsentationsflächen für Unternehmen auf hohem Niveau) unterstützen werden, da sie direkt oder indirekt in erheblichem Umfang davon profitieren. Für diese Akzeptanz werde ich nachdrücklich.

Frau Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz wird zu den weiteren Maßnahmen des 10-Punkte-Programms noch detailliert ausführen.

- Im Finanzhaushalt musste ich insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen schwierigen finanziellen Lage festlegen, dass im kommenden Doppelhaushalt keine neuen Projekte begonnen werden. Unsere Priorität gilt der Abarbeitung der geplanten Maßnahmen aus 2020 bzw. 2021 und darüber hinaus ausschließlich der Fortsetzung von begonnenen Projekten. Auch unsere weitere Gesamtverschuldung gilt es in diesem

Zusammenhang und vor dem Hintergrund der Vorgaben des Regierungspräsidiums Karlsruhe im Blick zu behalten.

Entsprechend kann ich ihnen heute folgende Zahlen präsentieren: Der nächste Doppelhaushalt wird Erträge und Aufwendungen von jährlich über 1,5 Mrd. Euro und Investitionen in beiden Jahren von zusammen über 600 Mio. Euro erreichen. Beide Finanzvolumina sind Höchststände in der Haushaltshistorie der Stadt Karlsruhe.

Wir werden es allerdings in den beiden kommenden Jahren nicht schaffen, den Ergebnishaushalt auszugleichen. Wir planen mit einem jährlichen Defizit von – 76 Mio. Euro in 2022 und von -66 Mio. Euro in 2023. Aufgrund der weiterhin hohen Investitionen von 303 Mio. Euro in 2022 und von 306 Mio. Euro in 2023 – und es handelt sich hier ausschließlich um Fortsetzungsmaßnahmen und um sogenannte Sockelmaßnahmen – werden wir unsere Verschuldung zum Ende 2023 um weitere rd. 570 Mio. Euro auf dann über 1 Mrd. Euro merklich anheben müssen.

Die Aufstellung war eine gewaltige Kraftanstrengung der gesamten Verwaltung. Bezogen auf die nachfolgenden Jahre verschafft es uns allerdings weder eine Atempause noch eine grundsätzlich verbesserte Ausgangslage - im Gegenteil. Vielmehr werden wir im Jahr 2022 alle uns zur Verfügung stehenden Stellschrauben zur weiteren Kostenminderung drehen müssen in

der Bewirtschaftung des jetzigen vor allem Vorbereitung des nächsten Doppelhaushalts 2024/2025. Dann kommt es endgültig zum Schwur. Ich bin wild entschlossen, dann nicht nur wieder einen positiven Ergebnishaushalt zu erreichen, sondern auch einen großen Teil der Investitionen wieder aus eigenen Mitteln abbilden zu können. Nur so können wir Karlsruhe weiterhin zukunftsfähig entwickeln und selbst verantwortlich gestalten.

Als Bestandsaufnahme bleibt damit aktuell festzuhalten:

- Die strukturellen Themen hätten uns auch ohne die Pandemielage für die kommenden Jahre vor große Herausforderungen gestellt – der Konsolidierungsdruck im Ergebnishaushalt ist nicht neu entstanden, die Pandemie fungierte aber als Beschleuniger - und das in durchaus dramatischer Weise.
- Wir müssen uns in den nächsten Jahren aufgrund des Konsolidierungsdrucks auch auf Leistungskürzungen einstellen, um den Ergebnishaushalt nicht nur auszugleichen, sondern darüber hinaus auch einen Finanzierungsbeitrag für die Investitionen in unsere kommunale Infrastruktur zu leisten.
- Neue investive Maßnahmen bedürfen einer noch stärkeren Prioritätendiskussion, wo ich sie schon heute dazu einlade, an dem kritischen Diskurs mitzuarbeiten.
- Zudem werden wir zu einer realistischeren Einschätzung der Abarbeitung unserer geplanten Maßnahmen kommen müssen.

Schon heute steigt das Volumen der nicht abgearbeiteten Maßnahmen aus Vorjahren merklich an.

- Auch der Blick auf die Finanzierung der Maßnahmen wird einen noch höheren Stellenwert einnehmen müssen, da wir in den nächsten Jahren an unsere „Kreditobergrenze“ stoßen werden, was insbesondere nicht nur wir kritisch sehen, sondern wohl auch das Regierungspräsidium Karlsruhe als unsere Genehmigungsbehörde.

Lassen Sie mich nun zu ausgewählten Themen vertiefende Betrachtungen anstellen, die nur teilweise schriftlich ausformuliert sind.

Den Klimawandel bekämpfen

Die diesjährigen katastrophalen Hochwasserereignisse in mehreren Teilen Deutschlands machen deutlich, dass überall und eruptiv Veränderungen im Gange sind, vor denen niemand auf der Welt geschützt ist. Veränderungen, die unzweifelhaft auf den menschengemachten Klimawandel zurückzuführen sind. Damit bekommt dieser Klimawandel eine neue Dimension. Bisher wurde in unseren Regionen vor allem der Hitzeanstieg prognostiziert und die damit verbundene Trockenheit wahrgenommen; nun wird deutlich, dass Extremwetterereignisse wie etwa Starkregenereignissen in ihrer Intensität und möglicherweise auch

in der Häufigkeit überall zunehmen - und welche Dimension von Schäden hierdurch entstehen kann.

Die Region um Karlsruhe war von den Überflutungsereignissen nicht schwer betroffen. Das ist nicht selbstverständlich; wir haben einfach Glück gehabt. Denn trotz aller Vorsorgemaßnahmen im Hinblick auf eine schadlose Regenwasserableitung, die von den technischen Ämtern umgesetzt wird, würde es bei ähnlichen Niederschlagsereignissen im Karlsruher Raum ebenfalls zu großen Schäden kommen.

In den vergangenen Jahren hatten wir in Karlsruhe mit großer Trockenheit zu kämpfen. Zahlreiche Bäume sowohl im Forst als auch im innerstädtischen Grünbestand sind auf Grund dessen abgestorben und mussten aus Verkehrssicherheitsgründen gefällt und nachgepflanzt werden.

Deutlich wird bei alledem: Wir sind mitten im Klimawandel, und die damit verbundenen Veränderungen führen zu Beeinträchtigungen und Schäden, die sehr teuer sind und noch teurer werden können.

Maßnahmen, mit denen den Auswirkungen entgegengesteuert werden kann, haben wir Ihnen mit der diesjährigen Fortschreibung inklusive Fortschrittsbericht vorgelegt. Darin

verfolgt die Stadtverwaltung 85 Klimaanpassungsmaßnahmen. Ein Schwerpunkt der Klimaanpassungsstrategie 2021 ist die Vorsorge vor Hitze, ein weiterer Fokus liegt auf dem Umgang mit Trockenheit und deren Folgen. Die Vorsorge vor Starkregenereignissen und der Hochwasserschutz sind weitere wichtige Anliegen.

Neben der Reaktion auf den Klimawandel stehen derzeit vor allem Maßnahmen zum Schutz des Klimas durch Reduktion von Kohlendioxid aus den unterschiedlichsten Quellen auf der Agenda.

Mit dem Klimaschutzkonzept 2030, das Sie im vergangenen Jahr beschlossen haben, sollen die Kohlendioxid-Emissionen in Karlsruhe bis 2030 auf rd. 60% gegenüber dem Stand von 2010 verringert werden; bis spätestens 2050 soll Karlsruhe klimaneutral sein, und die Verwaltung selbst soll bereits 2040 klimaneutral gestellt sein.

Die Karlsruher Ziele orientieren sich dabei an den Pariser Staatenverpflichtungen wonach die Begrenzung der globalen Erwärmung deutlich unter 2 Grad und möglichst nicht mehr als 1,5 Grad betragen soll.

Die Dringlichkeit eines umfassenden Gegensteuerns wird umso deutlicher, wenn wir uns das vom Weltklimarat berechnete CO₂-Emissionsbudget vor Augen führen. Dies gibt an, wie viele CO₂-Emissionen global gesehen noch ausgestoßen werden dürften, wenn die Erderwärmung, wie in Paris beschlossen, deutlich unter 2 Grad bleiben soll.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung hat diesen Budgetansatz im zurückliegenden Jahr auf Deutschland skaliert. Auf die Einwohnerzahl von Karlsruhe heruntergebrochen, würden uns demnach bei einer hohen Wahrscheinlichkeit eines maximalen Temperaturanstiegs von 1,75 Grad ab 2020 noch rund 25 Millionen Tonnen CO₂ zur Verfügung stehen, die wir bei einem unveränderten Emissionsniveau bereits 2030 verbraucht hätten. Bei Einhaltung des im vergangenen Jahr beschlossenen Zielpfades des Karlsruher Klimaschutzkonzepts würden wir bis 2050 ca. 30 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen, also immer noch rund 5 Millionen Tonnen mehr als uns eigentlich zustehen.

Mit der historischen und wegweisenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 24. März 2021 wurde erkannt, dass eine Klimaschutzpolitik, die wissenschaftliche Erkenntnisse ignoriert und damit unzureichend ist, die Freiheits- und Grundrecht der zukünftigen Generationen beeinträchtigt. Der Gesetzgeber muss sich daher in seinem Handeln an den aktuellen

Erkenntnissen der Wissenschaft orientieren und schlüssige Konzepte zur Treibhausgasneutralität entwickeln.

In Folge dessen hat die Bundesregierung in einer ersten Reaktion ihre Klimaziele verschärft und bestehende Förderprogramme mit mehr Mitteln ausgestattet. Wesentlichste Änderung für uns Kommunen ist die Verkürzung der Klimaneutralität vom Jahre 2050 auf das Jahr 2045 - allerdings werden noch keine konkreten Schritte benannt, wie das umgesetzt werden soll.

Auch das Land Baden-Württemberg hat sich nach der Wahl neue Ziele gesetzt. So soll die Klimaneutralität bis spätestens 2040 erreicht sein und eine Klimaneutrale Landesverwaltung bereits 2030.

Aus Karlsruher Sicht sind diese Entwicklungen überfällig und in ihrer Richtung sehr zu begrüßen, denn ich halte es für wichtig, dem Klimaschutz eine hohe Priorität einzuräumen und vor allem schneller zu agieren. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil ist dabei auch für uns Kommunen ein klares Ausrufezeichen, denn als Bestandteil des staatlichen Gefüges muss uns allen klar sein: Klimaschutz wird damit zur kommunalen Pflichtaufgabe.

Wir wollen uns daher der Laufzeitverkürzung für die Klimaneutralität bis 2045 anschließen. Allerdings müssen von

Bund und Land die Ziele mit weiteren konkreten Maßnahmen und besseren Randbedingungen hinterlegt sein.

Die Zielvorgaben des Karlsruher Klimaschutzkonzeptes bis 2030 sind bereits sehr anspruchsvoll, vor allem weil unser Bezugsjahr nicht 1990, sondern 2010 ist. Daher ergibt sich kein unmittelbarer Bedarf, unsere Zielstellung bis 2030 und den umfassenden Maßnahmenkatalog des Klimaschutzkonzepts in Frage zu stellen. Wir werden hier die Entwicklungen bei den Gesetzgebern aufmerksam verfolgen und darauf reagieren.

Gleiches gilt für die klimaneutrale Stadtverwaltung. Sie haben gesehen, dass allein für die Sanierung des städtischen Gebäudebestandes erhebliche Mittel aufgewandt werden müssen und hierfür auch ein großer zeitlicher Planungsvorlauf notwendig ist. Wir schauen daher mit großem Interesse auf die Aktivitäten des Landes, um zu sehen, auf welche Weise dort eine Verkürzung des Zeitrahmens von 20 auf zehn Jahre bewältigt werden soll.

Die Umsetzung der im Karlsruher Konzept aufgeführten Maßnahmen soll daher mit unverändert hoher Priorität weiterverfolgt werden. Bereits im vergangenen Jahr wurde trotz ungünstiger Rahmenbedingungen für den Haushalt 2021 rd. 19,5 Millionen Euro für den Klimaschutz eingestellt und 15 neue Stellen bei verschiedenen Dienststellen bewilligt, die vielfach auch

schon besetzt sind. Es wurde mit dem „KlimaBonus“ auch ein neues Förderprogramm aufgelegt und der Fördertopf mit zwei Millionen Euro ausgestattet.

Maßnahmenswerpunkte Klimaschutz

Im kommenden Doppelhaushalt soll dem Klimaschutz wiederum in 2022 rd. 27 Mio Euro und in 2023 rd. 34 Mio Euro zur Verfügung stehen.

Schwerpunkte sind dabei:

- Die Ausweitung der Energiequartierinitiative durch die KEK mit dem Start von drei weiteren neuen Stadtteilquartieren pro Jahr (572.000/684.000 Euro),
- Eine Verstärkung der Photovoltaik-Offensive und der Start einer breit angelegten Sanierungskampagne, um die Photovoltaikbelegung auf Dächern und die Sanierungsquote signifikant zu steigern (100.000/100.000 Euro),
- der weitere Ausbau der Klimaallianz mit der Wirtschaft (100.000/100.000 Euro),
- Zusatzmittel für den Bau von Radrouten (1,0 Mio./2,5 Mio. Euro),
- Modernisierungsmaßnahmen an städt. Gebäuden (5,4 Mio./9 Mio. Euro),
- Photovoltaikausbau auf städt. Gebäuden (1,5 Mio./1,5 Mio. Euro),

- Modernisierung des Städt. Fuhrpark (2,5 Mio./2,5 Mio. Euro),
- Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED (1,5 Mio./ 1,5 Mio. Euro),
- Fortführung des KlimaBonus (2 Mio./ 2 Mio. Euro),
- weiterer Ausbau des Beratungszentrums Klima, Energie, Mobilität der KEK (500.000/520.000 Euro),
- Neuausrichtung der Karlsruher Klimaschutzkampagne (200.000/200.000 Euro),
- die gezielte Unterstützung von Klimaschutzprojekten städtischer Gesellschaften durch Einrichtung eines „Ausgleichstopfs (2 Mio./2 Mio. Euro).

Vorgesehen haben wir auch ein kleineres Budget zur Unterstützung ehrenamtlich getragener Klimaschutzprojekte und reagieren damit auf einen ausdrücklichen Wunsch, der beim digitalen Klimaforum im Frühjahr 2021 mehrfach geäußert wurde.

Neben der finanziellen Ausstattung können wir die zusätzlichen Anforderungen nur mit neuen Stellen bewältigen. Vorgesehen ist deshalb, in jedem Haushaltsjahr erneut bis zu zehn neue Stellen verteilt auf mehrere Dienststellen zu schaffen.

Zu weiteren wichtigen Schlagworten verweise ich auf das gesprochene Wort.

- Die Mobilitätswende voranbringen - den ÖPNV ausbauen?
- Das Städtische Klinikum weiterentwickeln
- Kultur und Sport
- Die Krise der Oberzentren
- Die Stadt attraktiv machen
- Wohnen in der Stadt für alle ermöglichen
- Personalentwicklung, Sachkosten, Standards hinterfragen
- Gebäudekosten senken

Fazit

So richtig es im zurückliegenden Jahrzehnt war, jeden zusätzlichen Euro umgehend in die Entwicklung der Stadt investiert zu haben mit Investitionen ins städtische Vermögen, zusätzlichen Dienstleistungen und neu oder erweitert übernommenen Verantwortlichkeiten zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger und der Gäste unserer Stadt, so richtig ist es im nächsten Jahrzehnt, konsequent beginnend im kommenden Jahr all das zu hinterfragen, auf das noch Mögliche oberhalb des absolut Nötigen zu beschränken und viele Aufgaben auf mehrere Schultern zu verteilen, um nicht dauerhaft und über Gebühr die

Handlungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen einzuschränken.

Die Lebensqualität und die Attraktivität in der Stadt wie auch die Chancen für jeden und jede einzelne sollten darunter nicht leiden, das sollte gleichzeitig unser Anspruch sein. Das erfordert eine veränderte Einstellung zur Stadt und ihren Aufgaben von Seiten der Bürgerschaft, aber auch eine kritischen Rollenreflexion in Verwaltung und Gemeinderat.

„Wir können nur das Geld ausgeben, das wir haben!“, dieser eherne Grundsatz zeigt auf, dass es nicht um Gut und Böse, sondern schlichtweg um den verantwortlichen Umgang mit einer Situation geht. Dazu lade ich die Bürgerinnen und Bürger, Sie als Gemeinderat und damit deren gewählte Repräsentant*innen, alle unsere Kooperationspartner*innen in allen Bereichen unserer Stadt, unsere Verwaltung und unsere Gesellschaften herzlich ein.

Die Freude über den Aufbruch des gesellschaftlichen Lebens nach dem Ende der Corona-Restriktionen und den Stolz und die Begeisterung nach elfjähriger Bauzeit des Stadtbahntunnels und beim Umbau der Kriegsstraße und damit dem sichtbaren Aufbruch ins neue Karlsruhe sollten wir uns dabei nicht nehmen lassen oder gar selbst zerreden. Im Gegenteil - gerade diese Stimmung sollte neue Kräfte bei uns aber auch in der

Stadtgesellschaft mobilisieren, mit neuen Ideen, neuem Engagement, mehr Wir für alle, statt mehr von allem für jede/n einzelne/n.

Lassen Sie uns insbesondere auch die internationalen Begegnungen während der Generalversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen Anfang September im nächsten Jahr nutzen, dieses gemeinsam auszustrahlen und mit unseren Gästen zu erleben.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften für ihre herausragende Arbeit in den zurückliegenden Jahren unter zuletzt und bis heute teilweise erschwerten bis fast unzumutbaren Bedingungen. Für die Vorbereitung des Haushaltsentwurfs danke ich allen ebenso herzlich, insbesondere natürlich auch allen jeweiligen `Finanzer*innen`, der Kämmerei und der Ersten Bürgermeisterin wie dem Team an der Spitze des Dezernats 4.